Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung

Anfrage der Abgeordneten Cindy Lutz, Oliver Schatta, Sophie Ramdor und Christoph Plett (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung

Vorwürfe von Spionagetätigkeiten an der Technischen Universität Braunschweig

Anfrage der Abgeordneten Cindy Lutz, Oliver Schatta, Sophie Ramdor und Christoph Plett (CDU), eingegangen am 29.01.2026 - Drs. 19/9729,
an die Staatskanzlei übersandt am 02.02.2026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung vom 02.03.2026

Vorbemerkung der Abgeordneten

Verschiedene Medien berichteten in der letzten Woche, dass derzeit geprüft werde, ob eine wissenschaftliche Mitarbeiterin der Technischen Universität (TU) Braunschweig iranfreundliche Positionen vertreten und sensible Informationen sowie Namen regimekritischer Personen an staatliche Stellen der Islamischen Republik Iran weitergegeben habe.[1] Betroffene Studierende berichten von Verunsicherung und Angst, während die Vorwürfe nach Angaben der Hochschule bislang nicht abschließend geklärt seien.

Vor dem Hintergrund der bekannten Aktivitäten iranischer Nachrichtendienste in Europa, insbesondere gegen Oppositionelle und regimekritische Exilgruppen, wirft dieser Vorgang Fragen zur Sicherheit von Hochschulen, zur Verantwortung des Landes als Dienstherr sowie zur Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden auf.

Vorbemerkung der Landesregierung

Der Landesregierung sind die in den Medien berichteten Vorwürfe bekannt, und sie nimmt sie ernst. Zugleich gilt nach den Grundsätzen des Rechtsstaats die Unschuldsvermutung. Eine öffentliche Darlegung und Stellungnahme zu einzelnen Vorwürfen oder betroffenen Personen ist nicht angezeigt, solange entsprechende Prüfungen andauern. Dies dient dem Schutz der Persönlichkeitsrechte, der Vermeidung von Vorverurteilungen und der Sicherstellung eines fairen Verfahrens. Die internen Prüfungen in der TU Braunschweig zeigen als Ergebnis kein Fehlverhalten der betroffenen Mitarbeiterin auf.

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung gegebenenfalls über die in den Medien erhobenen Vorwürfe gegen eine wissenschaftliche Mitarbeiterin der TU Braunschweig vor?

Siehe Vorbemerkung.

[1] Vgl. *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 19.01.2026

2. Seit wann sind das Wissenschaftsministerium sowie gegebenenfalls weitere Landesbehörden über den Sachverhalt informiert?

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wurde im Zuge geplanter Medienberichterstattung von der TU Braunschweig am 15. Januar 2026 informiert.

3. In welcher Form findet derzeit gegebenenfalls eine Prüfung der Vorwürfe durch die TU Braunschweig und/oder das Land Niedersachsen statt? Welches Ergebnis hat die Prüfung gegebenenfalls erbracht?

Siehe Vorbemerkung.

4. Sind niedersächsische Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutz, in die Aufklärung des Sachverhalts eingebunden, und falls ja, seit wann?

Siehe Vorbemerkung.

5. Welche Maßnahmen wurden oder werden gegebenenfalls ergriffen, um Studierende sowie andere Hochschulangehörige vor möglicher Ausspähung, Einschüchterung oder Weitergabe personenbezogener Daten zu schützen? Falls keine Maßnahmen ergriffen wurden oder werden, warum nicht?

Siehe Vorbemerkung.

6. Sieht die Landesregierung strukturelle Defizite beim Umgang mit potenziellen ausländischen Einfluss- und Spionageaktivitäten an niedersächsischen Hochschulen?

Der Verfassungsschutz Niedersachsen hält für die Einrichtungen des Landes Aufklärungsangebote vor. Strukturelle Defizite werden nicht gesehen.

7. Welche präventiven Maßnahmen bestehen oder sind gegebenenfalls geplant, um Hochschulen in Niedersachsen künftig besser vor Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste zu schützen? Wenn keine Maßnahmen bestehen oder geplant sind, warum nicht?

Siehe Vorbemerkung sowie Antwort auf Frage 6.

8. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung gegebenenfalls aus dem vorliegenden Fall für die sicherheitsrelevante Sensibilisierung von Hochschulleitungen und wissenschaftlichem Personal?

Die Landesregierung steht mit den niedersächsischen Hochschulleitungen im ständigen Austausch. Der vorliegende Fall wird unabhängig von seinem Ausgang zum Anlass genommen, für mögliche Risiken durch ausländische Einflussnahme und transnationale Repression weiter zu sensibilisieren.

(Verteilt am 09.03.2026)